

# Danziger Zeitung

Nr 16185

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerbagen-  
gasse Nr. 4. und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate lohnen  
für die Zeitungs- oder deren Raum 20 J. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 2. Dezember.

### Aus dem Reichstage.

Der Schluß der ersten Staatsberatung, welche durch die beleidigende Aeußerung des Finanzministers v. Scholz gegen die Tadler seiner Steuerprojecte einen etwas tumultuarien Anstrich erhielt, hat den Mißerfolg der herrschenden Wirtschaftspolitik, der durch die Ziffern des Etats bereits constatirt ist, auch unbewaffneten Augen erkennbar gemacht. Minister v. Scholz war im höchsten Grade erbittert darüber, daß die Gegner aus seiner vorgetragenen Bemerkung, „beinahe alle Aufgaben im Reich und in Preußen seien allein mit dem Ertrage des Branntweinmonopols zu erfüllen“, und dem Zusatz, „auch der Tabak werde noch an die Reihe kommen“, den Schluß zogen, die Regierung sei heute noch von der Vortrefflichkeit ihrer Monopolprojecte überzeugt und werde auf dieselben zurückkommen, sobald sie einen Reichstag habe, dem sie dergleichen bieten könne. Auch gestern hat Herr v. Scholz diese Erklärung, die ja übrigens auch aus dem preussischen Abgeordnetenhaus bekannt ist, in seiner Weise zurückgenommen, sondern sich nur der Ausrede bedient, die Regierung habe seit 10 Jahren die allerberedendsten Steuer-vorlagen gemacht. Die Behauptung, daß sie noch heute für die Monopole sei, bleibt also trotz aller Gegenreden des Herrn v. Scholz bestehen. Wichtig ist nur, daß sie diese Projecte zur Zeit nicht ausführen kann, und darin Wandel zu schaffen, ist der Zweck der nächsten Neuwahlen, mögen dieselben nun im Februar oder im Oktober nächsten Jahres stattfinden.

Büchlich der Beratung der Militärvorlage schreibt uns unser Berliner Correspondent: „Es steht nunmehr fest, daß die erste Lesung am Freitag dieser Woche, wie wir stets gemeldet, beginnt, daß die Vorlage einer besonderen Commission überwiesen wird und daß diese Commission ihre eigentlichen Arbeiten erst nach Weihnachten beginnt. Positive Beschlüsse über die Stellung der Fractionen zu der Vorlage liegen bisher nicht vor. Selbst was über eine angelegte Verständigung im Centrum zu Gunsten der Vorlage berichtet wird, beruht lediglich auf Conjecturen, die sich als richtig erweisen können, die aber möglicher Weise auch durch die Ereignisse überholt werden. Nach den Ausführungen der Motive liegt es sehr nahe, daß dem Centrum das Zugeständnis der Herabsetzung des Septennats auf fünf Jahre gemacht wird. Die Regierung würde ohne Zweifel auch noch weiter herübergehen, wenn sie nur dadurch eine Majorität für das Gesetz erlangen könnte. Nebenbei bemerkt, beruht es auf einem Mißverständnis des freisinnigen Programms, wenn in einzelnen Correspondenzen die Sache so dargestellt wird, als ob der Satz Festlegung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode so gedeutet wird, daß die Freisinnigen, da zufällig die Beschlußfassung im letzten Jahre der Periode erfolgt, die Präsenzstärke nur auf ein Jahr bewilligen könnten, statt auf drei Jahre. Wer die Reden der Herren v. Stauffenberg, Rüdert und Richter gelesen hat, konnte sich davon überzeugen, daß diese Auffassung völlig grundlos ist. Aber es scheint Leute zu geben, die nichts mehr fürchten, als daß die Freisinnigen durch ihre Stellung zum Militärgesetz dem gegen sie geplanten Vernichtungskampf entgegenkämen. List man doch sogar, die Freisinnigen müßten das Gesetz ablehnen, weil sie gezwungen seien, dem Centrum Herabsetzung zu leisten. Es ist das um so spärlicher, als gerade das Centrum die Vorlage retten soll.“

Es ist übrigens selbstverständlich, daß der im Laufe der letzten Debatten verbienendete als Hauptverleumdung der Freisinnigen gekennzeichnete Herr Schweinburg, der Intimus des Finanzministers, der klassische Vertreter des sogenannten Repetitionismus, in hellen Born gerathen ist und demselben in den von ihm herausgegebenen Correspondenzen reichlich Ausdruck giebt. Heute wird Herr Schweinburg, um nur einen Punkt aus seiner gegen Herrn Rüdert gerichteten Polemik hervorzuheben, sogar kläffend, indem er, wahrscheinlich um zu beweisen, daß auch ein den ungarischen Steppen Entfamneter literarische Kenntnisse hat, Doppelts Worte citirt: „Mißhörend wie verstimmt Gloden jetzt“. Wir erwähnen das nur zum Vergleich der biesigen unserer Leser, die in irgend einer conservativen Provinzzeitung auf diese Auslassungen stoßen. Und das liegt um so näher, als eben aus Herrn Schweinburg's Krippe zahlreiche conservative Blätter und Blättchen ihre Nahrung beziehen; und die jetzigen Ergüsse des in Frage stehenden Officius werden mit unfehlbarer Sicherheit die Runde durch diese abhängige, geistig und oft auch materiell bedröckelte Presse machen. Man weiß dann, woran man ist!

Selbstverständlich ist es ferner, daß die übrigen Hauptorgane des Gouvernamentalismus, „Nordd. Allg. Ztg.“, „Post“, „tutti quanti Berge von Angriffen gegen den Abgeordneten Rüdert wegen dessen Staatsrede hängen. Diese Thatfache beweist nur, wie sehr derselbe das Richtige getroffen hat, weiter nichts!

### Interessante Gekündnisse.

Staatssecretär Dr. Jacobi hat vorgestern die Einnahmen aus dem Getreidezölle im Etatsjahre 1886/87 auf 31,6 Mill. Mk., anstatt, wie im Etat veranschlagt, auf 56,6 Mill. Mk., also um 25 Mill. weniger berechnet. Und was sagt dazu der Finanzminister v. Scholz? „Wenn sich irgend Jemand über den geringen Effect (der Getreidezölle) freut hat, so bin ich es gewesen und die verbundenen Regierungen. Die Getreidezölle sollen verhindern, daß den deutschen Landwirthen der deutsche Markt entzogen werde. Wenn die Getreidezölle also nicht reichere Erträge gaben, dann mag man bedauern, daß die Kreise nach der lex Quene weniger erhalten; aber der Staatskassier erwacht daraus zunächst kein Nachtheil. Wenn die Erträge immer so niedrig bleiben, wird sich die Regie-

rung stets freuen, weil sie die Ueberzeugung hat, daß die Landwirtschaft bei gehörigem Schutze den Bedarf des Landes selbst produciren kann.“ So Herr v. Scholz. In der gestrigen Sitzung aber kam der Führer der deutsch-conservativen Partei, Frhr. v. Maltzahn-Gülz, zu Wort, und dieser ehemalige Freihändler erklärte, seine Partei habe im Jahre 1879 für die Schutzzölle gestimmt, nicht weil sie Vorteile für die Landwirtschaft oder die Industrie von denselben erwartete, sondern weil die Liberalen alle anderen Steuerprojecte abgelehnt hätten und somit nur die Möglichkeit übrig geblieben sei, mit Hilfe der Schutzzölle den Reichsfinanzen aufzuhelfen! Darnach haben die Conservativen im Gegensatz zu Herrn v. Scholz in den Schutzzölle und natürlich auch in den Getreidezölle nur Finanzzölle gesehen. Daß der Finanzminister von Preußen mit der ihm eigenen Kühnheit behauptete, bei gehörigem Schutze werde die deutsche Landwirtschaft den Bedarf des Landes selbst produciren können, so weiß er natürlich nicht, daß unter der Herrschaft der Getreidezölle die Getreideproduction Deutschlands zurückgegangen ist! Natürlich.

### Die Silberverkäufe und die Bimetallisten.

Wie schwer der Schlag ist, den die Reichs-Regierung, natürlich nur „aus praktischen Gründen“, durch den Verkauf des Barren-Silbers den Bimetallisten verfehlt hat, ergibt sich aus dem Jörn, mit dem die „Kreuztg.“ über diese Maßregel herfällt. Das edle Blatt greift sogar in die Reminiscenzen aus der Declarantenzeit und des seligen „Reichsglocke“ zurück, indem es den Reichstagskämpfer der „Vergewöhnung von Nationalvermögen“ anklagt. Daß es mit dem Bimetallismus in Deutschland zu Ende ist, gesteht die „Kreuztg.“ offen ein, aber mit aufrichtigem Behauern darüber, daß das große deutsche Reich nicht die Kraft und Macht gezeigt habe, dem Hergesabth des Goldwährungsschwinds ein Ende zu machen. Diese conservativen Staatsmänner, die sich nicht scheuten, der „N. N. Ztg.“ Beifall zu klatschen, wenn diese die deutschen Freihändler als Kostgänger des englischen Goldglubs denuncirte, erklärten nun mit „nationalem“ Stolze, die Rettung werde aus England kommen, auf Grund der Währungsenquête, welche nach Weihnachten ihre Arbeit beginne. Glücklicher Weise weiß man ja, was von bimetallistischen Prothezungen zu halten ist.

### Die Seemannsversicherung.

Wenn die „Kreuztg.“ heute meldet, der Gesetzentwurf betr. die Unfallversicherung der Seeleute werde vor Weihnachten nicht mehr an den Reichstag kommen, so entspricht das einem früheren Stadium der Angelegenheit. In Bundesratsstößen dagegen ist man nach der gestrigen Ausscheidung über die Vorlage der Ansicht, daß dieselbe sehr bald dem Reichstag zugehen werde. Selbstverständlich wird sie einer Commission überwiesen, in der sich das Schicksal der Vorlage entscheiden wird.

### Ausprägung von Einpfennigstücken.

Nach einem Antrage der Regierung an den Bundesrath soll ein weiterer Betrag von Einpfennigstücken in Höhe von etwa 400 000 Mk. ausgeprägt werden. Bei Vertheilung dieser Ausprägung auf die einzelnen Münzstätten sollen die Procentfäge mit dem Maßstabe zur Anwendung gelangen, daß der bisher der Münzstätte in Darmstadt zugewiesene Procentfag den übrigen Münzstätten nach Maßgabe ihrer Verhältnißzahl zuwächst. Da die Reservebestände des Reichs an Zweipfennigstücken zur Zeit etwa 1 742 000 Mk. betragen, welche für längere Jahre zur Befriedigung des Bedarfs hinreichen, so wird beabsichtigt, das zur Ausprägung der Einpfennigstücke erforderliche Metall wiederum aus den Zweipfennigstücken zu entnehmen, welche sich noch im Gewichte von 283 249,6 Pfund im Reservefonds des Reichs befinden. Der Bedarf nach Einpfennigstücken ist in der letzten Zeit ungemein gewachsen, theils durch die veränderten Preise vieler Lebens- und Genußmittel, theils durch Erhöhung der Telegraphenkosten von 5 auf 6 Pfennig. Die noch rückständigen Prägungen zur Verfügung des Reichs sind in der Hauptsache in kurzer Zeit beendet und damit war eine weitere Ausprägung solcher Münzen wiederum in Höhe von etwa 400 000 Mk. geboten.

### Die neue Politik gegenüber Irland.

Aus London wird uns unter dem 30. November berichtet:

Viele Conservative verhehlen nicht ihren Unwillen über die, wenn auch vielleicht nur provisorische Erhebung Sir Redvers Buller's an Stelle Sir Robert Hamilton's zum permanenten Unterstaatssecretär für Irland. Der Letztere, sagen sie, wäre doch nur ein Homeruler gewesen, wogegen General Buller noch obendrein ein unerbitlicher Gegner wucherischer Gutsherren sei. Es steht jetzt zu erwarten, daß die Regierung alle Gutsherren veranlassen wird, den Backstein herabzusetzen, dagegen, falls dieses geschehen ist, erbarmungslos gegen die Pächter vorgehen wird, welche sich weigern ihre Pacht zu bezahlen. Heute gingen 500 bewaffnete Constabler und zwei Compagnien Infanterie von Longford nach Newtowncasal ab, um 10 Pächter, welche kürzlich der Polizei Widerstand geleistet hatten, zu ermitteln. Das ist die eine Seite der neuen Politik der Regierung. Ein Beispiel der anderen ist, daß der Kreisinspector von Roscommon den Gutsherren erklärt hat, daß sie auf keinen Beistand bei den Ermittlungen zu rechnen hätten, wenn sie nicht wenigstens einen Nachschuß von 20 Proc. von der nicht richtig festgesetzten Pacht gewährten. Die Stimmung des Volkes hat sich durch die gerichtsliche Vorladung Dillon's nicht gebessert. Der Pöbel empfing die von Kerry eingebrachten Mondschneider mit Hurrarufen. Das Mondschneidern ist eben die letzte und kräftigste Waffe des Irlands.

### Die orientalische Frage.

Wie heute Morgen kurz mitgeteilt ist, circulirt schon wieder einmal das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministers v. Giers. Fürst Lobanow, der als sein eventueller Nachfolger genannt wird, ist der jetzige russische Vorkaiser in Wien und genießt seit vielen Jahren das ganze Vertrauen des Jaren, und wenn der Zar sich herabläßt, irgend Jemanden über Staats-Angelegenheiten zu consultiren, dann giebt er dem Fürsten Lobanow den Vorzug. „Die Stellung des Herrn v. Giers“, schreibt man hierüber dem „Daily Telegraph“, „ist nach der Raubkaiser'schen Mission eine äußerst unliebsame geworden, ja sie ist thatsächlich für einen Mann von Herrn v. Giers' persönlicher Würde kaum zu behaupten. Fürst Lobanow ist bei Allen als „Un grand Russe“ bekannt, und er würde die traditionelle moscovitische Politik im weitesten Sinne ausführen. Diefelbe hat nichts mit dem Panславismus gemein, aber sie würde durchaus nicht den Weltfrieden fördern.“

### General Raubars.

ist in Petersburg eingetroffen; er wurde am Bahnhof von einer Menge Publikum, namentlich von vielen Offizieren empfangen. Vor Antritt seiner Mission in Bulgarien war Raubars bekanntlich russischer Militärattaché in Wien. Schon mehrmals haben sich in Oesterreich-Ungarn Stimmen erhoben, daß seine Rückkehr auf diesen Posten, nach der Rolle, die er als kaiserlich russischer Volksaufwiegler und Armeeverberber gespielt, schlechterdings nicht angebracht sei. Zu dieser Frage bringt jetzt die Wiener „Militärzeitung“ auf Grund zahlreicher Aufschritten aus Offizierskreisen einen Artikel, welcher Raubars auffordert, dafür zu sorgen, daß Raubars nicht mehr als Militärattaché nach Wien komme, damit Neidungen und etwaige internationale Conspirationen vermieden würden. Ein Artikel charakterisirt Raubars' Verhalten in Bulgarien überaus scharf und bemerkt, die in österreichischen Offizierskreisen herrschenden Grundsätze collidirten direct die lagen Maximen des Generals Raubars, welcher hier eine unangenehme Aufnahme finden müßte.

### Die Bezeichnung „Dabian“.

In der Presse sind Meinungsverschiedenheiten darüber laut geworden, ob der Ausdruck „Dabian“ eine Würde und Rangstufe bezeichne, oder ob er die Bedeutung einer Familien-Bezeichnung hat. Wie der „Pol. Corr.“ von kompetenter Seite versichert wird, ist zur Zeit die letztere Auffassung die einzig berechtigte und das Wort „Dabian“ als Familienname des Fürsten Nikolaus von Mingrelia zu verstehen. Die Familie Dabian, welche ursprünglich ein Stamm bildete, theilte sich später in zwei Linien: die georgische, deren Stammfuge in der Gegend zwischen dem Schwarzen Meere und Tiflis liegen, und in die armenische, deren Mittelpunkt Angora ist.

Der Gedanke einer Balkanunion, der Lieblingsgedanke der liberalen englischen Presse, wird wiederum von der „Daily News“ vorgebracht. Das Blatt schreibt: Die Mission des Prinzen Ferdinand von Hohenzollern nach Bukarest und seine bevorstehende Erhebung zum Thronen von Rumänien beweisen, daß Fürst Bismarck die Gefahren erkennt, welche das Land bedrohen. Gegen diese Gefahren giebt es nur einen Schutz, und das ist eine Föderation der Staaten der Balkanhalbinsel. Eine solche Liga könnte jedoch nicht auf eigenen Füßen stehen. Sie bedarf internationaler Garantien, und die Mächte, welche zu dem Zwecke zusammentreten müßten und würden, sind England, Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien. Die Garantiemächte brauchen keine Feindseligkeit gegen Rußland zu zeigen, so lange Rußland nicht versucht, nach napoleonischer Art freie Gemeinwesen umzugestalten, in deren Angelegenheiten eingzugreifen es kein Recht hat. Die fünf Millionen Rumänen, die zwei Millionen Serben und die zwei Millionen Bulgaren wissen, daß sie in jeden Augenblick eine Beute der Großmächte werden können. Auf der Landkarte erscheint Rumänien als ein unglückliches Anfängliches Rußlands, und Serbien scheint wirklich zur österreichischen Monarchie zu gehören. Hat Rußland Barm und Oesterreich Saloniki, so sind die Hoffnungen dieser Staaten vernichtet, und dennoch haben sie 10 Millionen Einwohner zusammen und können gemeinsam 400 000 Soldaten in's Feld stellen.

### Die angelischen Aeußerungen des Sultans.

Auch von Konstantinopel aus wird jetzt officiellserseits in Abrede gestellt, daß der Sultan die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen (die Engländer hie Hunde, die Deutschen Schweine) gebraucht habe. „Der Sultan hat die Worte, die ihm zugeschrieben worden sind, niemals gesprochen; dieselben vertragen sich eben so wenig mit seinem Charakter und mit der besondern Höflichkeit, welche seine Sprache auszeichnet, wie mit seiner Hochachtung für Deutschland und England und dem Werthe, den er auf die Freundschaft dieser beiden Mächte legt.“

### Nachrichten von der chinesisch-tongkinischen Grenze.

Nach einem Telegramm des „Temps“ aus Hanoi wird die Umgegend von Haining an der chinesischen Grenze neuerdings durch das Auftreten von Piraten heimgesucht. Der die Abgrenzungskommission begleitende Civilagent wurde, als er sich zu der äußersten Grenze begeben wollte, von einer chinesischen Bande gefangen genommen und soll getödtet sein. Der unter dem Befehl des Lieutenant Mac Mahon stehende Militärposten in Hanoi hat einen Angriff der Piraten zurückgeschlagen. Der zu dem französischen Geschwader in den chinesischen Gewässern gehörige Kreuzer „Clotheterie“ hat den Befehl erhalten, sich zur Verfügung der Abgrenzungskommission zu stellen.

### Freitag.

4. Sitzung vom 1. Dezember.  
Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.  
Abg. Dancleuber (Soc.): In der Eröffnungsrede

wurde gesagt, daß die weitere Socialreform und besonders die Altersversorgung der Arbeiter ohne neue Reichsteuern nicht durchgeführt werden könne. Das ist immer so gewesen. Man hat den Arbeitern Versprechungen gemacht und gleichzeitig indirecte Steuern und Bölle verlangt, die vorzugsweise von ihnen getragen werden. Die neue Wirtschaftspolitik ist nur den Reichsfinanzen und großen Fabrikanten, aber nicht den Arbeitern zu Gute gekommen, und mit der Socialreform ist nur die Polizei aufrieben, weil sie die Arbeiter besser controliren kann, und allenfalls der Unternehmer, weil sie ihm die Möglichkeit von allerhand Repressalien gegen den Arbeiter verschafft. Die Grundlage dieser Gesetzgebung ist allerdings gut — Sie haben sie ja von uns (Geiterkeit) — aber die Ausführung ist eine recht schlechte. Die indirecten Steuern sind ein Hemmschuh für die Socialreform. Man lege durch progressive Einkommensteuer den Millionären viel erheblichere Lasten auf, als sie jetzt zu tragen brauchen, dann kann man auch dem Arbeiter zu Hilfe kommen. Es wird fortwährend von Colonialpolitik, von unseren Handelsbeziehungen zu fremden Staaten gesprochen: warum bringt dann nicht die Regierung mit viel größerer Energie darauf, daß die Pariser Weltausstellung beschickt wird? Der Reichsfanzler sollte dafür sorgen, daß die darauf folgende Weltausstellung in Berlin stattfindet. Solche regelmäßige Volksversorgungsfeiern sind das beste Gegenmittel gegen die fortwährenden Klagen. Wenn jetzt irgend ein Nachbar zwei, drei neue Regimenter formirt, gleich thun wir es auch. Das kann doch nur ein Gefühl der Schwäche bei uns hervorrufen. Bei Eroberungskriegen mag jener Zustand gut sein, handelt es sich aber um die Vertheidigung des Vaterlandes, so ist die stärkste Schutzwehr gegen den Feind die Vaterlandsliebe. Diese aber machen Sie den Arbeitern unmöglich. An der Spitze der Socialreform, von der Sie immer reden, steht der Hr. Frhr. v. Maltzahn (Rachen rechts). So treiben Sie die Liebe zum Vaterlande aus dem arbeitenden Volke heraus. Darum brauchen Sie eine Waffe von Militär mehr, weil das Volk selbst nicht mehr in der Lage ist, sein Vaterland so zu lieben, wie es zur Vertheidigung nöthig ist. Auch die letzten Verurtheilungen haben gezeigt, daß es den Machthabern nicht darauf ankommt, Vaterlandsliebe zu erzeugen, sondern sie abzuschwächen. Ich meine den Freiherren v. Maltzahn, die Diäten- und die Hochverratsprojecte. Die Diätenprojecte zeigen doch den grellen Widerspruch der Auffassung des obersten Gerichts mit dem Rechtsgefühl des Volkes. Ich bin gezwungen worden, meinem preussischen Vaterlande den Rücken zu kehren und in einem vielgeschmähten Particularstaate Schutz zu suchen gegen den preussischen Fiskus. Ich habe seiner Zeit für die Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig gestimmt in der Absicht, die Richter den Berliner Regierungsinflüssen zu entziehen. Schon damals machte ein Mitglied der Linken, daß die Regierung ihren Einfluß ebenso gut in Leipzig, Weimar wie in Berlin geltend machen könne. Er hatte Recht. Das letzte Urtheil des Reichsgerichts wäre in Perlin nicht volkstümlicher ausgefallen. So lange die Ernennung der Richter lediglich durch die Regierung erfolgt, wird das Reichsgericht in politischen Projecten immer so entscheiden, wie die Regierung will. Unsere Stellung zum Etat ist folgende: wir werden für alle Abstriche stimmen, die von der Linken oder sonst woher beantragt werden. Wir werden für alle Positionen stimmen, welche Culturzwecken dienen sollen. Schließlich aber das ganze Volk, das dem Wohl und Interesse d.s. arbeitenden Volkes abträglich, ablehnen. Das Volk hat kein Vertrauen zur Regierung. (Beifall der Socialdemokraten.)

Abg. v. Maltzahn-Gülz (conf.): Wenn die Socialdemokraten den ganzen Etat ablehnen, ist es auch unrichtig, daß ein Mitglied dieser Fraction in die Budgetcommission gewählt werde. Das Militär wird nicht gehalten, um die unruhige Bevölkerung in Ordnung zu halten; die Gründe für eine starke Armee liegen an den Grenzen des Landes. Auch der Abg. Rüdert hat gestern zu sehr als Vertreter seiner Partei gesprochen. Auch auf unserer Seite wird gesehen und anerkannt, daß die Ausgaben im Reich sich in sehr steigender Tendenz bewegen, während die Einnahmen damit nicht Schritt halten, ja theilweise zurückgehen. Ist es aber richtig, statt an der Besserung der Dinge mitzuarbeiten, den politischen Gegnern zuzurufen, sie allein seien an Allem schuld, das Schlimm Puttamer, Männer vom Schlage des Finanzministers Scholz seien es, die das Land ruiniren? Glauben Sie, daß, wenn die Leitung der öffentlichen Geschäfte in den Händen der Freisinnigen gelegen hätte, unsere Wirtschaftspolitik in den Bahnen des Freihandels unentwegt geblieben wäre, die Finanzen des Reichs wesentlich besser stehen würden? (Rufe links: Gewiß! Sehr viel besser!) Erhebliche Ersparnisse an den Ausgaben seien ja leider überhaupt nicht möglich, und neue ergiebige Einnahmequellen hätten ja auch die Freisinnigen nicht zu eröffnen gesucht. Er selbst habe für die Schutzzölle alle solche i. B. nicht gestimmt, aber diese Bölle seien notwendig gewesen als Finanzquellen für das Reich. Glauben Sie man denn, daß es in Deutschland heute besser aussehen würde, wenn wir noch beim Freihandel verblieben wären? Glauben Sie überhaupt, daß das Land besser daran wäre, wenn die Leitung in den Händen der Linken wäre? Er und seine Partei vertrauten Männern, die jetzt an der Spitze stehen, und die es verstanden haben, jeden Conflict zu localisiren. Deswegen glaube er auch, daß die Regierung für das Heer im Allgemeinen nur fordere, was notwendig sei. Gerecht habe er sich auch, daß nach der gestrigen Auslage Rüdert's auch die Freisinnigen Alles bewilligen wollen, was sie zur Sicherheit des Landes für notwendig halten. Er gebe zu, daß auch in dem vorliegenden Heeresetat noch mancherlei Erparungen gemacht werden können. Ebenso an anderen Einzelheiten, so beim afro-physikalischen Institut und bei der Forderung für die Hochschifferei. Die Einnahmen sind ja leider diesmal erheblich hinter den Ausgaben zurückgeblieben. Mit neuen Steuervorschlägen wolle er, Rüdert, nicht kommen. Er glaube aber, daß die Ueberzeugung kommen wird, daß wir eine Vermehrung unserer Einnahmen ins Werk setzen müssen, weil unsere Ausgaben nicht wesentlich herabgesetzt werden können; und es giebt dafür kein Gebiet als das der Consumsteuern, welche auch anderen Ländern sehr erhebliche Erträge liefern. (Beifall rechts.)

Abg. v. Duene (Centrum): Was die Ausgaben des vorgelegten Etats angeht, so haben wir um so weniger Veranlassung, jetzt schon darüber definitive Betrachtungen anzustellen, als ja der Etat in dieser Beziehung keine richtige Gestalt erst gewonnen wird, nachdem der Reichstag zur Militärvorlage Stellung genommen hat. Mit jedem Jahr befehlen, aber nicht angenehm befehlen, tritt der Umfang hervor, daß wir stets in die Lage kommen, neue felle Ausgaben zu bewilligen, während die gegenüberstehenden Einnahmehin in seiner Weise durch ihre Veranschlagung frirt werden können. Es sei gestern viel die Rede gewesen von der Veranschlagung, die den antiquarischen Parteien zu Theil werde. Das Centrum sei an solche Behandlung schon länger gewöhnt, als die Freisinnigen. Er für sein Theil verdamme darauf nicht so eine warmherzige gesprochene Worte, wie



gestern Herr Richter, sondern habe für heute, welche wider besseres Wissen solche Verunglimpfungen aussprechen, nur das Gefühl der Verachtung. (Beifall im Centrum.) Der Schatzsecretär habe die Schuld an der mangelnden Deckung gestern dem Reichstage zugeschoben. Da weshalb löse die Regierung alsdann nicht den Reichstag auf? Die Meinungen vom Bundesrathstische hätten gestern in der Hauptsache dahin gelaute: „Wir beharren bei unseren Monopolvorlagen.“ Darauf erwidere er im Namen des Centrums: Von uns haben Sie eine Unterstützung der Monopolvorlagen nicht zu erwarten. Für die Stellungnahme zum Etat selbst möchte ich zwei Aeußerungen zu Rufe machen, die eine des Schatzsecretärs, man möge doch eingestehen, daß die Bewilligung nicht den Regierungen, sondern dem Lande und der Nation gemacht würden, die andere des Herrn v. Scholz, daß kein Großes im Etat stehe, der nicht zuvor vom Reichstag bewilligt sei. Ich ziehe aus beiden den Schluß, daß wir verpflichtet sind, in diesem Etat keinen Groschen zu bewilligen, von dem wir nicht überzeugt sind, daß er nicht den verbündeten Regierungen, sondern dem Lande und der Nation bewilligt wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf v. Behr-Behrenhoff (D. Reichsp.): Unsere Finanzlage könnte und müßte besser sein, aber sie ist nicht trübsal. Die Anforderungen an das Reich, die Ausgaben für Arme und Marine steigen und können nicht gut bemängelt werden. Viel bedenklicher ist, daß die Einnahmen nicht entsprechend gestiegen sind; doch hat auch dies nicht so große Bedenken, da dies hauptsächlich durch das Zurückbleiben der Börsenrente und das Minderertrügen der Zuckerrüben verursacht ist. Rüge Alles gut und glatt in der Welt, so könnte man mit dem Etat, wie er vorliegt, auszukommen versuchen; aber die Weltlage ist bedenklich, daher die Militärvorlage, die nicht abzulehnen sein wird. Auch in der socialdemokratischen Forderung muß fortgeschritten werden und die verlangt neue Mittel. Kleine Erparungen im Etat sind wohl möglich, z. B. bei den Bauten. Ob die Communalzulage bewilligt wird, ist zweifelhaft. Zunächst ist der Beamten höher zu besteuern und vielleicht der Faden da wieder aufzunehmen, wo er zuletzt fallen gelassen wurde; sodann ist der Zucker wieder in Angriff zu nehmen, falls das neue Gesetz den erwarteten Effect nicht hat. Was zur Sicherheit Deutschlands notwendig ist, muß und wird bewilligt werden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Roscielski (Volk.): Es steht nicht darnach aus, daß sich die Finanzlage in absehbarer Zeit bessern wird. Die Finanzen sind herlich schlecht, das Volk sehr unzufrieden; ob sich dabei ein starker Decker dauernd wird aufrecht erhalten lassen, das glaube, wer kann! Wenn nun schon das deutsche Volk so unzufrieden ist, was sollen wir Polen dazu sagen, die wir uns in die Lage gedrängt sehen, an den Kosten des Staatswesens theilzunehmen, die Vorteile desselben aber entbehren zu müssen? Bei der Aushebung zum Kriegsdienst wird der Pole von seinen Landsleuten getrennt, in entlegene Gegenden verbracht. Und eine Verfügung solchen Inhalts erklärt der Kriegsminister zu derselben Zeit, wo er die Volkvertretung um Mehrbewilligungen anhebt! Wir wissen, daß aus jeder Bewilligung eine neue Waffe gegen uns geschmiedet wird. Gleichwohl werden wir den gesammelten Etat objectiv und ehrlich prüfen, das Zweckmäßige bewilligen und Fiktionen so ein Vorbild geben, monach Sie sich bei der Prüfung unserer guten Rechte richten können.

Kriegsminister v. Bismarck v. Schellendorf: Der Vorrath der Militärverwaltung gewissermaßen einen Akt der Grausamkeit vorgeworfen, wenn die zum activen Dienst berufenen Mannschaften aus ihrer Heimat fort und zum activen Dienst in Regimenter gestellt würden, welche in anderen Landestheilen ständen. Zunächst ist es eine bekannte Erfahrung, daß eine große Anzahl polnischer Arbeiter freiwillig in andere Landestheile flüchten, ohne zu glauben, sich damit des letzten Trostes zu berauben. Sodann frage ich weiter: Ist es eine Grausamkeit, wenn junge Männer von mehr als 20 Jahren, die also nicht mehr an der Mutterbrust liegen (Heiterkeit) oder der unmittelbaren Einwirkung ihrer Väter und Mütter bedürfen, auf 3 Jahre etwa aus der Gegend von Weiden in die Gegend von Koblenz verpflanzt werden? Ich glaube, das Niemand ein Recht hat, sich über eine derartige Maßregel zu beklagen. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Grad (Lk.) erklärt sich im Interesse seines Landes für höhere Besteuerung des Braumteins und für das Tabakmonopol. Auch die Fink sollte diesen Weg betreten, nachdem sie gestern durch Herrn Richter sich für die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und damit für höhere Ausgaben erklärt hat.

(Schluß in der Beilage.)

## Deutschland.

Δ Berlin, 1. Dez. Die Matricularbeiträge sämtlicher Bundesstaaten für 1887/88 sind berechnet mit 168 336 176 Mk., und zwar für das nächste Etatsjahr mehr um rund 29 100 000 Mk. Davon entfallen auf Preußen 89 283 343 Mk.; auf Bayern 29 556 243 Mk.; auf Sachsen 9 724 576 Mk.; auf Württemberg 10 915 673 Mk.; auf Baden 7 792 139 Mk.; auf Elsaß-Lothringen u. s. w. 6 043 436 Mk. (1 161 489 Mk. mehr als im Vorjahr).

Dem Bundesrath ist ein Gesetzentwurf betr. einige auf die Marine bezügliche Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes über Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen zugegangen. Der Gesetzentwurf, welcher 6 Artikel enthält, bezieht sich hauptsächlich auf eine doppelte Anrechnung der Dienstzeit der Marineangehörigen, welche außerhalb der Ost- und Nordsee zugebracht wird, und auf die bei der Pensionierung doppelt in Anrechnung zu bringende Zeit für Mannschaften, welche länger als ein Jahr in außereuropäischen Ländern Verwendung gefunden haben. Es soll dies auch auf die Civilbeamten der kaiserlichen Marine Anwendung finden, sowie auf Schiffsjungen der kaiserlichen Marine, welche durch Dienstbeschädigung unfähig werden, und auf die Booten der kaiserlichen Marine.

Es liegt in der Absicht nach einem Vorschlage des Reichsverwaltungsraths, daß die versicherungspflichtigen Bau-Schreiner (Tischler) und Einleger der Holzberufsgenossenschaften, die Bau-Schlosser und Anschläger des Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften (bzw. der rheinisch-westfälischen Maschinenbau- und Kleinfabrikindustrie-Berufsgenossenschaft) überwiesen werden.

\* Berlin, 1. Debr. In der gestern hier eröffneten Delegirten-Conferenz norddeutscher Rheinerpläne waren vertreten: Altona, Barth, Brake, Danzig, Elbing, Emden, Hamburg, Harburg, Kiel, Königsberg, Lübeck, Memel, Neustadt, Stettin, Stolp, Stralsund, Swinemünde, Wolgast, Bremen, Rügenwalde. Den Vorsitz führte Hr. Meyer-Bremen. Mehrere Reichstags-Abgeordnete (u. A. Böhmel, Dr. Witte, Meier) wohnten den Verhandlungen bei. Dem Bericht über das See-unfallgesetz erstattete der Syndicus der Bremer Handelskammer, Dr. Marcus. Er wies die Unmöglichkeit nach, auf Grund des geringen und unzuverlässigen statistischen Materials festzustellen, wie groß wohl die Zahl der Unfälle der Mannschaften auf deutschen Schiffen bisher im Jahresdurchschnitt gewesen ist. Die Belastung wird auf etwa 1 300 000 Mk. jährlich für die Rheiderlei angegeben; es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, daß diese Summe nicht ausreicht wird. Da außerdem das Umlageverfahren, ebenso wie bei den industriellen Arbeitern, seitens der Regierung verlangt wird, so werde der Beitrag für den Kopf von Jahr zu Jahr steigen, und zwar bis zum Höchstbetrage von 73 Mk. für den Kopf der Schiffbesatzung. Der Hauptfehler der Vorlage sei, daß sie die tiefgreifenden Unterschiede zwischen den Verhältnissen der Land- und der See-Arbeiter außer Acht gelassen habe. — Der Vertreter der Danziger Kaufmannschaft, Schless, unterstützte als Correspondent seinen Collegen

Dr. Marcus noch durch den mit Zahlen belegten Nachweis, wie sehr seit dem Anfang der 70er Jahre die Seeversicherung zurückgegangen sind. Speziell für Danzig beträgt der Rückgang in vielen Fällen 50 Prozent und darüber. Unter solchen Umständen der Rheiderlei eine neue Belastung aufzupacken, sei äußerst bedenklich. Es scheint jetzt das Gegenheil des Volkstheiles Wahlprüfungs in der Socialreform gelten zu sollen, nämlich der Spruch: „Erfst wagen, dann wagen!“ Es könne durch dieses Gesetz mit seinen drückenden Lasten für die Rheiderlei dahin kommen, daß viele deutsche Schiffe unter fremder Flagge segeln, was sogar schon von einem sehr conservativen Rheider in Aussicht gestellt sei. Redner empfahl schließlich die von der Delegirten-Versammlung in Danzig am 10. November angenommene Resolution. Nach kurzer Debatte wurde folgende von dem Vertreter der Hamburger Handelskammer beantragte Compromiß-Resolution einstimmig (nur Kiel enthielt sich, wie schon telegraphisch gemeldet, der Abstimmung) angenommen:

Der Gesetzentwurf, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute, ist für die zur Zeit obwaltenden ungünstigen Verhältnisse befriedigend und der freien Concurrenz des Weltmarktes wie kein anderes Gewerbe unterstehende deutsche Rheiderlei die schwersten Bedenken in sich, insbesondere weil:

1) die ihr, außer der von ihr allein zu tragenden Krankenkasse, aufzunehmende Unfallkasse, welche schon nach den auf höchst unsicheren Grundlagen beruhenden und namentlich betreffs der Invalidität nach Ansicht der Konferenz entworfenen zu niedrigen Berechnungen der Vorlage den 4 1/2 fachen Betrag der den Unternehmern in der Industrie erwachsenden Last erweist, zur Zeit mit annähernder Sicherheit nicht zu bemessen ist;

2) der Bemessung der Renten nicht nur die Steuern der Seeleute, sondern außerdem deren Verpflegung zu Grunde gelegt werden soll;

3) die auf lediglich den Rheidern und nicht zu einem Theile auch den Versicherten auferlegt werden soll;

4) die Anbringung der Kosten nicht im Wege des Deckungskapitals, sondern des Umlageverfahrens beschafft werden soll;

5) eine Abstattung der Beiträge nach der für die Seeschifffahrt praktisch unmöglichen Abschätzung der Gesamtheit der einzelnen Betriebe und eventuell sogar ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Aussicht genommen und dem Reichs-Versicherungsamt die Befugnis beizugehen, Änderungen selbst gegen den Willen der Genossenschaftsorgane beizulegen ist;

6) durch die Ueberwachungsbestimmungen der Genossenschaft die Schiffs- und die Pflicht zu einem unethischen und wirkungslosen Eindringen in die internen Verhältnisse des einzelnen Betriebes beigelegt ist, wobei keine Bestimmung darüber getroffen ist, ob die Genossenschaftsorgane event. zur Anbahnung eines ihnen nicht rechtlich erscheinenden Schiffs berechtigt sind und wie, falls die Anbahnung sich als ungerechtfertigt erweisen sollte, dem Rheider den dadurch erlittenen Schaden ersetzen soll.

Die Delegirtenconferenz spricht daher die aufrichtigste Hoffnung aus, daß der hohe Bundesrath und Reichstag der Vorlage in der gegenwärtigen Fassung ihre Zustimmung verweigern werden.

\* [Arbeitsbeschäftigung.] Die Abgg. Lieber und Hise (Centrum) haben ihre vorjährigen Anträge, betreffend den Schutz der Arbeiter in Fabriken bez. in Textilfabriken, Kinder- und Frauenarbeit u., unverändert, also nicht nach den Beschüssen der Commission, im Reichstage wieder eingebracht.

\* [Die Kesterei der Berliner Kaufmannschaft.] Werden in einer am Montag stattfindenden Sitzung sich mit den Insinuationen des Finanzministers betreffs der angeblichen Defraudationen bei der Börsensteuer beschäftigen und voraussichtlich einen sehr entschiedenen Protest gegen die Verdächtigungen erheben.

\* [Quinquennat.] Wie das „Deutsche Tageblatt“ mittheilt, sollen im Reichstage Verhandlungen über ein Quinquennat, Bewilligung der Friedenspräsenz, auf fünf Jahre, im Gange sein.

\* [Der Erlös der Silberverkäufe.] Anlässlich der Wiederaufnahme der deutschen Silberverkäufe stellt die „Post“ folgende Rechnung auf: Nicht nur der ganze Vorrath des Reiches an Silberbarren, sondern auch ein Theil des Bestandes an Talern ist an die ägyptische Regierung verkauft worden. Der Vorrath an Silberbarren betrug 188 936 764 Pfund fein. Der Verkaufspreis ist nicht bekannt, der Erlös läßt sich deshalb nicht feststellen. Die letzte Londoner Notirung lautet 46 Pence per Unze Standard Silber, dieser Preis ist gleich 68,049 Mk. für ein Pfund fein Silber und würde einen Erlös von rund 12 857 000 Mk. geben. Dazu träte noch der Ertrag der eingeschmolzenen Thalerstücke.

\* [Schutz unterseeischer Kabel.] Dem Bundesrath ist der Entwurf einer Erklärung zu den Artikeln 2 und 4 des internationalen Vertrages zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel vom 14. März im französischen Urtext nebst deutscher Uebersetzung und erläuternder Denkschrift zugegangen. Die Erklärung will hauptsächlich vermeiden, daß die Strafbestimmungen für Beschädigungen, welche bei Ausbreitung eines Kabels einem fremden Kabel zugefügt werden, dann keine Anwendung finden sollen, wenn alle Vorsichtsmaßregeln getroffen waren, um eine solche Beschädigung zu vermeiden. Ferner wird die Tragweite der vorgesehenen Ertragspflicht dahin bestimmt, daß die Gerichte jedes Staates darüber zu entscheiden haben, ob nach den für sie maßgebenden Gesetzen eine civilrechtliche Verantwortlichkeit begründet sei, und in welchem Umfang dieselbe zum Ersatz des verursachten Schadens verpflichte.

\* [Englische Post auf deutschen Dampfern.] Daß eine deutsche Dampferlinie dazu aussersehen worden, einen Theil der englischen Post nach Amerika zu befördern, erregt in ganz England fortgesetzt solchen Anstoß, daß das Generalpostamt sich veranlaßt gesehen hat, sein Verhalten öffentlich zu rechtfertigen. In einem Schreiben an einen conservativen Arbeiterclub, der in einer Resolution die Annahme der Offerte des Norddeutschen Lloyd's stark gerügt hatte, heißt es u. A.: „Der Generalpostmeister war gezwungen, die Offerte für die Beförderung der Donnerstags-Post durch Boote, die, obwohl sie Deutschland gehören, von britischen Handwerfern gebaut wurden und, wie er glaubt, von englischen Matrosen im hohen Grade bemant sind, anzunehmen lediglich in Folge der Weigerung der Cunard- oder der White-Star-Dampfschiffahrtsgesellschaft, diesen Dienst zu übernehmen in Gemeinschaft mit den von Liverpool segelnden und Doreenstown anlaufenden englischen Gesellschaften, welche es übernommen hatten, die amerikanische Post an Dienstagen und Sonnabenden zu befördern.“

\* Lübeck, 30. November. [Zur Unfallversicherung der Seeleute.] In einer zahlreich besuchten Versammlung von Seeleuten, Hafenarbeitern u. wurde der „Post“ zufolge gestern Abend die folgende, von dem langjährigen socialdemokratischen Reichstags-Candidaten, früheren Schiffsofficier Schwarz eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: „Gegenüber der von den verschiedenen Handelskammern, nautischen Vereinen und Versammlungen der Rheider gefassten Resolution, daß der Regierungsentwurf betreffend die Unfallversicherung der Seeleute nicht zeitgemäß sei, weil die statistische Erhebung über die Lage des maritimen Betriebes mangelhaft und weil ferner, wie

es in einem Bericht heiße, „der Entwurf nur dazu dienen könne, Unzufriedenheit in die bisher zufriedenen Kreise der Seeleute zu bringen“, weil ferner gesagt wird, daß seitens der Seeleute noch keine Stimme laut geworden sei, welche eine staatliche Einmischung in die Angelegenheit der Seeleute verlange, erklärt die heute im Dium tagende Versammlung der Seeleute, daß sie den Entwurf der Regierung mit Freuden begrüßt, daß sie darin den ersten Schritt erblickt, eine Besserung der Lage der Seeleute herbeizuführen; sie erklärt ferner, daß für die kaiserliche deutsche Marine der Entwurf von weitgehender Bedeutung ist, und erwartet, daß in allen Hafenstädten Deutschlands diese Resolution besprochen und zur Annahme gelangen wird.“

Später wurde aber die Versammlung aufgelöst und wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Leipzig, 30. Nov. Der wegen Landesverrats verurtheilte Redacteur Brohl ist dem „Leipa. Tagbl.“ zufolge zur Verbüßung seiner neunjährigen Zuchthausstrafe in das Zuchthaus zu Halle a. S. abgeführt worden. Der vor einiger Zeit vom Reichsgericht verurtheilte Schriftsteller Drobner ist ebenfalls in das Zuchthaus zu Halle a. S. abgeliefert worden.

Meß, 29. Novbr. Nachdem Strassburg schon seit einiger Zeit im Besitze einer Privat-Briefpost ist, ist nunmehr auch Meß gefolgt. Das Porto beträgt für den geschlossenen Brief 2, für den offenen 1 Pfennig.

## Oesterreich-Ungarn.

Peß, 1. Debr. In der Schlußsitzung der ungarischen Delegation, in welcher, wie gemeldet, die von dem Kaiser sanctionirten Beschlüsse veröffentlicht wurden, sprach Sectionschef Szeghnyi im Auftrage des Kaisers der Delegation dessen Anerkennung für die besonnene und eingehende Durchprüfung der Regierungsvorlagen und für die Opferwilligkeit der Delegationen aus. Ebenso gab Sectionschef Szeghnyi dem Dank der gemeinsamen Regierung für ihre bewiesene Vertrauen und Entgegenkommen der Delegationen Ausdruck. Präsident Graf Tisza nahm von der Anerkennung des Kaisers mit ehrerbietigem Danke Kenntnis und hielt sodann die Schlußrede, in welcher er der gemeinsamen Regierung für ihre erfolgreiche Mitwirkung und den Mitgliedern der Delegation für ihre ersprießliche Thätigkeit dankte. Graf Tisza schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, in welches die Delegation begeistert einstimmte. Nach einer Erwiderung seitens des Bischofs Schönbach trennten sich sodann die Delegirten unter Hymn-Rufen auf den König.

## Russland.

Petersburg, 30. Nov. Der hiesige Circus war gestern der Schauplatz einer antiserbischen Demonstration. Als bei dem ersten Auftreten der ungarischen Zigeunertruppe nach der ersten Pöbele das bessere Publikum flüchtete, züchteten die oberen Regionen und riefen: „Genug! Fort mit den Oesterreichern!“ wodurch sie den Applaus überboten.

## Amerika.

\* [Erstarrung der „Knights of Labor“.] Der große vor einiger Zeit von den in den Schlachthäusern Chicago's beschäftigten „Arbeitsrittern“ (Knights of Labor) inscenirte Aufstand, um die Arbeitgeber zur Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit zu zwingen, hat ebenso mit einer Niederlage der Streiker endet wie der von den Mitgliedern desselben Ordens im letzten Frühjahr angelegte Streik an den südwestlichen Eisenbahnen. Der Hauptgrund für die unerwartete schnelle Beendigung des Aufstandes ist, bemerkt dazu die „New Yorker Handels-Ztg.“, allem Anscheine nach in der Uneinigkeit der streikenden Arbeiter unter einander zu suchen. Diese Uneinigkeit unter den Arbeiterrittern rührt von dem südwestlichen Eisenbahn-Streik her, während dessen sich bekanntlich zwei Parteien im Orden bildeten, welche sich seitdem bei jeder sich darbietenden Gelegenheit bekämpft haben. Herr Bonderly, der Großmeister des Ordens, wollte von Anfang an nichts von dem Chicagoer Aufstand wissen, da er denselben sowohl für nicht gerechtfertigt als auch für zu kostspielig für die Kasse der „Ritter“ hielt, und seinem Einschreiten ist es auch zuzuschreiben, daß der Streik so rasch beendet worden ist. Ob es dem von beiden Seiten, d. h. von den Arbeitgebern und Arbeitern, ernannten Schiedsgericht gelingen wird, die obwaltenden Differenzen in zufriedenstellender Weise zu ordnen, bleibt abzuwarten. Im Interesse des geschäftlichen Betriebes, welcher stets durch derartige große Störungen zu leiden hat, ist zu hoffen, daß der Aufstand nicht von Neuem ausbricht. Jedenfalls wird die Niederlage der „Knights of Labor“ in Chicago dazu beitragen, den bereits bestehenden Antagonismus zwischen ihrem Orden und den Gewerkschafts-Vereinen (trades unions) des Landes zu erweitern. Dieser Antagonismus droht zu einem völligen Bruch zwischen den beiden großen Arbeiter-Organisationen führen zu wollen, denn die Gewerkschafts-Vereine haben auf Anfang Dezember eine Convention in Columbus, O., anberaumt, um einen allgemeinen Verband in Opposition zu den Arbeitsrittern zu gründen. Wenn es dazu kommen sollte, würde die Macht des Ordens der „Knights of Labor“ dadurch bedeutend erschüttert werden.

## Von der Marine.

\* Das Schiffsjungen-Gesellschaft „Nixe“ (Commandant Corbette - Capitän von Arnim) ist am 30. November c. in Barbados eingetroffen und beabsichtigt am 15. Dezember c. wieder in See zu gehen.

## Danzig, 2. Dezember.

Wetter-Beschreibung für Freitag, 3. Debr., auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Veränderliches Wetter bei frischen, streichweise böigen bis starken südwestlichen bis westlichen Winden, mit Nebelbildungen bei kaum veränderter Temperatur. Stürmische, unruhige Witterung für längere Zeit in Aussicht.

\* [Sturmwarnung.] Die deutsche Seewarte hat heute Nachmittag 2 1/2 Uhr folgende fernere Sturmwarnung telegraphisch erlassen: Ein tiefes barometrisches Minimum liegt über Finnland, ein neues über der südöstlichen Nordsee. Stürmische südwestliche Winde wahrscheinlich. Die Küstenstationen haben daher den Signalball aufzuhängen.

\* [Bezirks-Eisenbahnrath.] Die ursprüngliche für den 20. Januar in Aussicht genommene Sitzung des Bezirks-Eisenbahnraths zu Bromberg ist auf den 11. Januar l. J. verlegt worden.

\* [Privatpost „Hansa“.] Die hiesige Privatpost-Anstalt „Hansa“, deren Betrieb neuerdings wieder an Ausdehnung gewonnen, hat jetzt auch eine täglich 15 malige Selbstbestellung gegen einen Portoaufschlag von nur 10 Pf., ferner Karten mit bezahlter Antwort für 5 Pf. eingeführt und endlich die Einrichtung getroffen, daß wie bei der Reichs-Post Geschäftsleute ihre Briefschaften aus dem Hauptbureau in der Hundegasse selbst abholen lassen können.

\* [Zander-verschiffungen in Danzig.] Vom 1. bis 30. November sind über Neufahrwasser an inländischem Rohzucker verschifft worden 369 208 Zolcentner, und zwar nach England 188 988, nach

Schweden und Dänemark 25 000, nach Amerika 5600, nach Holland 149 620 Zolcentner. Der Gesamt-Export in der Zeit vom 1. August bis 30. November betrug 769 626 Zolcentner (gegen 203 106 Zolcentner in der gleichen Zeit des Vorjahres). An russischem Kristallzucker wurden vom 1. August bis 30. November 11 300 Zolcentner in Neufahrwasser verschifft. — Die Borräthe in Neufahrwasser betrugen Ende November 489 076 Zolcentner Rohzucker (gegen 742 742 Zolcentner Ende November 1885) und 11 200 Zolcentner Kristallzucker. Angekommen sind in dieser Campagne in Neufahrwasser 1 020 138 Zolcentner Rohzucker (gegen 860 426 Zolcentner in der gleichen Zeit v. J.).

\* [Danziger Actien-Börse.] Wie wir hören, hat der Aufsichtsrath dieser Actiengesellschaft in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der auf den 23. Dezember einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, nach Begleichung der früheren Betriebsverluste und nach angemessenen Abschreibungen eine Dividende von 1 1/4 Proc. für das künftige abgelaufene Geschäftsjahr 1885/86 zu vertheilen.

\* [Zur Stadtverordnetenwahl.] Auch die sämtlichen am 24. v. Mts. von den Wählern der 1. Abtheilung gewählten Herren haben die auf sie gefallene Wahl als Stadtverordnete angenommen.

J. [Kantonsrat Verein von 1870.] Vor Herren und Damen des Vereins hielt Herr Prediger Mannhardt gestern im Saale des Gemeindefaules einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Deutschen in London“. Redner führte darin an, daß die Deutschen, wie überall in der ganzen Welt, auch in England in ziemlich bedeutender Anzahl und zwar mit ca. 1/2 Million vertreten sind; von dieser Zahl entfällt indessen der größte Theil auf London selbst. Die Deutschen in London theilte der Herr Vortragende in 4 Gruppen ein; zuerst in diejenige der Aristokraten, dann in Gewerks- und Handelsreisende, Lehrer, Angestellte der Kaufleute, britischen in die Gruppe der Arbeiter und endlich in diejenige der Bettler u. Jede dieser Gruppen wurde in dem Vortrag eingehend nach Gebräuchen, Vereinigungen, Gründen des Bestehens geschildert und demnach über die deutschen Schulen und Wohlthätigkeitsanstalten Londons Näheres berichtet. Die zahlreich erschienene Zuhörerschaft folgte dem Vortrage mit sichtlichem Interesse.

[Ein interessanter Rechtsfall.] Ist dieser Tage in Königsberg durch drei Instanzen entschieden worden. Als ein dortiger Geschäftsmann, der auch das Schankgewerbe betrieb, in Concurs verfiel, setzte der vom Gericht eingesetzte Concursverwalter den letzteren Gewerbebetrieb im Interesse der Gläubigerschaft fort, wurde aber von dem Polizeipräsidenten in Strafe genommen, weil er es unterlassen, die zum Betriebe des Gewerbes erforderliche Schankconcession nachzusuchen. Der Concursverwalter rief die Entscheidung der Gerichte an und diese haben (sowohl das Schöffengericht als die Strafkammer und nun auch der Strafsenat des Ober-Landesgerichts) zu Gunsten des Angeklagten auf Freisprechung von dem ihm zur Last gelegten Gewerbebetriebsvergehen erkannt. Die Entscheidung des Strafsenats geht, der „N. F. Z.“ zufolge, dahin: Die nach § 33 der Gewerbeordnung verlangte Concession zum Schankbetriebe qualificirt sich unbedenklich als ein Vermögensrecht des Inhabers. Derselbe wird durch die Concursvertheilung nicht absolut rechts- oder handlungsunfähig. Er verliert nur sein Verfügungs- und Verwaltungsrecht über die Concursmasse, nicht aber ein eventuelles Vermögensrecht an derselben, mithin auch nicht die Schankconcession in demjenigen Lokale, für welches sie erteilt ist. Das Verfügungs- und Verwaltungsrecht wird während des Concurses durch den Concursverwalter ausgeübt, soweit es sich um das zur Concursmasse gehörige Vermögen handelt.

\* [Wilhelm-Theater.] Seit gestern ist wieder eine Abwechselung in das Repertoire gekommen. Wir haben gestern einen Mon. Alexandro, der nicht nur Pyramiden von Gläsern und Gläsern, brennenden Lampen balancirt, sondern sie gewissermaßen auf dem Kopfe herumspazieren läßt; Hr. Schadt, der seine Kantionsproduktionen auf das Tragen der Decke des Saales verlegt hat und mit seiner Partnerin Miss Brown am Doppeltrapez Produktionen mit einer Haft ausführt, als gilt es, das Leben zu retten, das hier eigentlich an schwachen Fäden hängt. Den gelungenen Theil des Programms absolvirten namentlich die Soubretten Frä. Fromm und Saxina.

[Schwurgericht.] Die heute begonnene Verhandlung wird voraussichtlich zwei Sitzungstage in Anspruch nehmen. Sie ist gerichtet gegen den Rittmeister Eduard Kreitenbaum aus Oschahn, den Schlosser und Modembauer Johann Reslins aus Dobnassberg, den Eigenthümer Jacob Reslins aus Bislin, den Einwohner Hermann Deike aus Bislin und den Bauernsohn Jacob Klein aus Dobnassberg, und zwar wegen Meineides, Verleitung und Anstiftung zum Meineide. Am 6. Dezember 1884 gebar die 28jährige Schneiderin Clara Modaschewski in Zoppot einen Knaben und sie klagte später gegen Johann Reslins, den angeblichen Vater des Knaben, um Alimentenabzahlung. Am 6. November 1885 gab letzterer beim Schöffengericht in Zoppot jedoch an, daß er keinen Umgang mit der Modaschewski gehabt, dagegen sein Bruder Jacob und Kreitenbaum mit ihr in Verkehr gestanden hätten. Kreitenbaum hat bei diesem Termine beschworen, daß er mit der Modaschewski ein Liebesverhältnis gehabt. Die Anklage behauptet, daß dieser Eid vollständig falsch geleistet und Johann Reslins angelstet gewesen ist, weil mehrere Zeugen bezeugten, daß die Beklagten sich besprochen haben und daß Joh. Reslins im Vorzimmer des Terminsals dem Kreitenbaum eine Flasche Schnaps heimlich gegeben habe. Eine Postkarte, welche letzterer an Johann Reslins geschrieben und in welcher er diesen um Geld wegen seines Eides bittet, wird ihm vorgehalten. Er behauptet jedoch, dieselbe nicht geschrieben zu haben und von derselben nichts zu wissen. Kreitenbaum mußte daher im Gerichtslokal auf eine Karte den gleichen Inhalt nieder schreiben, um einen Handschrift-Vergleich herbeizuführen. Von der Familie Kreitenbaum bezeugt der Ortsvorsteher, daß dieselbe in schlechtem Rufe stehe und man ihr Bereitwilligkeit zu jedem Meineide austrane. Der Einwohner Hermann Deike ist am 6. November 1885 ebenfalls als Zeuge vernommen worden. Er sagte damals jedoch das Gegenheil von dem aus, was Reslins behauptet hatte. Am 25. Januar 1886 hatte Deike abermals einen gerichtlichen Termin in Zoppot, wo er befragt wurde, ob er am 6. November 1885 von Johann Reslins berichtet sei gegen Modaschewski zu zeugen. Dies wurde von Deike verneinend beschworen, während er zwar nicht an genanntem Datum, aber bereits vorher von Reslins zu einem falschen Zeugnis überredet worden sein soll. Das hat D. völlig verschwiegen.

[Polizeibericht vom 2. Dezember.] Verhaftet: ein Mädchen, ein Arbeiter wegen Diebstahls, 3 Jungen wegen Verwundung, 1 Schneidergehilfe wegen Hausfriedensbruchs, 1 Arbeiter wegen Körperverletzung, 21 Diebstahls, 5 Bettler, 2 Dirnen. — Gefangen: 1 Quantität Augbohls, 1 Winter- Ueberzieher, 1 goldener Trauring, 1 H. G. 12. 11. 1882, 1 graubraunes Kleid.

\* Elbing, 1. Debr. Die Stadt Elbing beabsichtigt im nächsten Jahre das 650jährige Jubiläum festlich zu begehen. Man hofft, daß bei dieser Gelegenheit hier eine landwirtschaftliche Districts- oder gar Provinzial-Exhibition stattfinden werde und es soll dann veranlaßt werden, mit derselben auch eine größere gewerbliche Ausstellung zu verbinden. Einleitende Schritte sind zu diesem Zweck bereits unternommen worden.

Schwes, 1. Debr. Der vorgestern hieselbst abgehaltene Kreisstag hat die beantragte Bewilligung einer baaren Beihilfe für eine Eisenbahn von Terepöl nach Schwes abgelehnt.

Thorn, 1. Debr. Ein guter Tag ist Sonnabend Nacht den in Schiffsstationirten Grenzbeamten gelungen. Sie beschlagnahmten auf der Heide mehrere Röhre, die mit nach Deutschland aus Ausland einzuschmuggelnden werthvollen Gegenständen, Eisen, Seidenwaaren, Gold- und Silberlaken beladen waren. Die Schmuggler wurden dingfest gemacht. — Gestern Mittag wurde die Verkäuferin Gnidzinski aus Abbau Rabosz erlagen und ihrer Baarische im Betrage von 210 M. beraubt. Ihre Leiche wurde in schredlich ver-



[illegible][illegible]

**Königliche Central-Adm.-Cassé 4 1/2 per. Anstaltszettel**  
**Nr. 1872, 1874, 1875 und 1877. Serie I.** Die nachst. Stücke sind  
am Anfang December fällig. Gegen den Courantverlauf von ca. 1 1/2 St. bei  
der Auslösung übernimmt das Bankhaus Carl Neuburger, Berlin,  
Frankfurter Strasse 13, die Verpflichtung für eine Prämie von  
4 Pf. pro 100 Mark.

---

**Meteorologische Depesche vom 2. Dezbr.**  
**8 Uhr Morgens.**  
Original-Telegramm der Danziger Zeitung

|            |  |       |         |                                      |              |
|------------|--|-------|---------|--------------------------------------|--------------|
| Stationen. | Thermometer<br>in Celsius.<br>thermocephalic<br>nach Millim. | Wind. | Wetter. | Temperatur<br>in Celsius-<br>Graden. | Bearbeitung. |
|------------|--|-------|---------|--------------------------------------|--------------|

|                      |     |       |   |           |   |       |
|----------------------|-----|-------|---|-----------|---|-------|
| Alphimore . . .      | 756 | NW    | 6 | Schnee    | — | 2     |
| Aberdeen . . .       | 756 | NW    | 2 | wolkig    | 1 | 1     |
| Christiansand . .    | 753 | S     | 2 | wolkig    | 1 | 2     |
| Kopenhagen . . .     | 751 | SW    | 3 | wolkig    | 1 | 2     |
| Stockholm . . .      | 744 | W     | 4 | Schnee    | 1 | 1     |
| Göteborg . . .       | 743 | N     | 4 | halb bed. | — | 9     |
| Spanburg . . .       | 731 | SW    | 5 | wolkig    | 1 | 2     |
| Petersburg . . .     | 735 | SW    | 1 | bedeckt   | 1 | 1     |
| Moskau . . .         | 764 | SW    | — | —         | — | —     |
| 1) Gerk. Quenstedt . | 765 | NW    | 3 | halter    | — | 2     |
| 2) Kolder . . .      | 751 | NW    | 6 | wolkig    | 6 | 2     |
| 3) Rya . . .         | 747 | SW    | 6 | wolkig    | 2 | 1     |
| 4) Hamburg . . .     | 752 | S     | 5 | halb bed. | 1 | 1     |
| 5) Wissembünde . .   | 758 | S     | 5 | wolkig    | 1 | 1     |
| 6) Neudrassow . . .  | 757 | SW    | 2 | wolkig    | 1 | 1     |
| 7) Mende . . .       | 766 | SW    | 7 | bedeckt   | 4 | 4     |
| 8) Paris . . .       | —   | —     | — | —         | — | —     |
| 9) Münster . . .     | 754 | SW    | 5 | bedeckt   | 9 | —     |
| 10) Karlsruhe . . .  | 758 | SW    | 2 | bedeckt   | — | 1) 3) |
| 11) Wiesbaden . . .  | 757 | W     | 1 | bedeckt   | — | 2) 3) |
| 12) München . . .    | 757 | W     | 1 | bedeckt   | — | 1) 4) |
| 13) Chemnitz . . .   | 758 | SW    | 1 | halb bed. | — | 1) 5) |
| 14) Berlin . . .     | 759 | 3     | 1 | wolkig    | — | —     |
| 15) Frankfurt . . .  | 757 | still | — | Schnee    | 6 | —     |
| 16) Braunsb. . .     | 759 | S     | 3 | Regen     | 2 | —     |
| 17) de l'Aix . . .   | —   | —     | — | —         | — | —     |
| 18) Niksa . . .      | —   | —     | — | —         | — | —     |
| 19) Trieste . . .    | 752 | ONO   | 5 | Regen     | 5 | —     |

1) Heftige Schnee- und Regenbö. 2) Reif. 3) Reif. 4) Nach frost, Reif, Nebel. 5) Reif.

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 3 = leicht, 5 = schwach, 7 = mässig, 9 = frisch, 10 = stark, 12 = stark, 15 = stürmisch, 17 = Sturm, 20 = starker Sturm, 25 = heftiger Sturm, 30 = Orkan.

### Uebersicht der Witterung

Während das Minimum, welches gestern über dem Skagerrak lag, nordwärts nach Finnland fortgeschritten ist, hat sich auf der Rückseite über der Nordsee ein neues Minimum ausgebildet, unter dessen Einfluss die südlichen und südwestlichen Winde an der westdeutschen Küste veränderlich und allenthalben kälter, im Binnenlande herrscht meist leichter Frost; auch aus Schottland, Dänemark und Südnorwegen wird Frostwetter gemeldet. In Friedrichshafen find 2, in München 5, in Überdeu 11 Wm. Schnee gefallen.

### Deutsche Seewarte.

---

## Meteorologische Beobachtungen.

---

| Dat. | Stunde | Barometer-Stand<br>in<br>Millimetern. | Thermometer<br>Celsius. | Wind und Wetter.                |
|------|--------|---------------------------------------|-------------------------|---------------------------------|
| 2    | 8      | 758,9                                 | 0,6                     | SW., mässig, bew. u. nebl.      |
| 2    | 12     | 755,7                                 | 1,5                     | S., mässig, hell u. leicht bew. |

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und vor-  
zugsweise Nachrichten: Dr. D. Seemann, — das Skeleton und Hierarchie  
H. Höcher, — den lokalen und vortragenden, Handels-, Marine-Teil aus-  
ser führen redactionellen Inhalt: A. Hies, — für den Kaiserlich-Heilig-  
th. St. Kaiserium, künftlich in Dange.







# Beilage zu Nr. 16185 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 2. Dezember 1886.

## Reichstag.

(Schluß.)

**Abg. Richter:** Der Abg. Richter hat gestern nicht ein Wort gesagt, was nur entfernt zu der letzten Bemerkung des Vorredners Anlaß gab. Wir haben uns abfällig enthalten, bei dieser Debatte über unsere Stellung zur Militärvorlage ein Wort zu verlieren, weil, nachdem das Haus die Debatte über die Militärvorlage getrennt hat, wir annehmen mußten, daß es nicht gerathen sei, die Debatte über eine so schwerwiegende Frage in diese Budgetdebatte hineinzuziehen. Der Abg. v. Malsbahn hat dem Abg. Richter vorgeworfen, er habe sich über die Behandlungsweise seiner Partei in der officiellen Presse beklagt und die Minister v. Puttkamer und v. Scholz dabei ebenso schlecht behandelt. Herr v. Malsbahn hat einen wesentlichen Unterschied nicht erkannt. Woüber wir zu klagen ein Recht haben, ist, daß in jener Presse unser Charakter angegriffen wird, unsere Absichten, unser Patriotismus verdächtigt werden. Niemals ist es uns eingefallen, auch Richter gestern nicht, den Charakter, den Patriotismus und die Absichten der Minister irgend wie anzugreifen. Was wir angegriffen haben, war nicht ihr Charakter, sondern ihre Fähigkeit. Dr. v. Scholz hat sich gestern auch dagegen verwahrt, als ob er etwas gemein hätte mit der Handlungsweise jenes Redacteurs, welchen er mitunter die „Ehre“ hat zu empfangen. (Heiterkeit links.) Im muß sagen, daß die Art, wie gestern der Minister über den Kaufmannsstand urtheilte, mir doch zeigt, daß, wenn Dr. v. Scholz von Hause aus viel besser war, er durch den Umgang mit diesem Herrn nicht gewonnen hat; denn die Art, wie er den Kaufmannsstand im Großen und Ganzen verdächtigt und angeklagt hat, ohne eine Spur tatsächlicher Beweise vorzubringen, ist ganz genau dieselbe Art, wie die Regierungspresse Absichten und Parteien verdächtigt, ohne die Spur tatsächlichen Anhalts. Was würde man hier Jemand behauptete: In der Regierung herrscht nichts wie Nepotismus und Vetterlichkeitsrichtungen? Würde man nicht mit der größten Entrüstung eine solche allgemeine Behauptung zurückweisen? Dasselbe Maß von Entrüstung gebührt solchen Ausführungen, wie sie gestern Minister v. Scholz gemacht hat. Jene Kreise, gegen die der Minister sich wandte, haben das Interesse der Nation ihrer kaufmännischen Ehre und ihres Namens. Was ist das für eine Vorstellung von Kaufleuten dieser Art, daß sie, um ein paar Pfennige oder Mark zu sparen, sich der Eventualität aussetzen, daß jeder misvergnügte entlassene Commis hingeworfen und sie denuncirt und dadurch ihre ganze Ehre preisgibt. Das ist eine Schranke, die mehr wiegt als hohe Strafen. Es giebt auch im Kaufmannsstande immer Vertrauensheelen. Diesen ist wieder durch die Andeutungen des Ministers vorg. führt worden, was sie zu erwarten haben, daß die Regierung vor den einschneidendsten, alle Geschäftsinteressen in Frage stellenden Wagnissen nicht zurückzucken wird, auch wenn sie nichts weiter bezwecken, als fälschliche Plasmacherei. Für diese offene Erklärung bin ich dem Minister sehr dankbar; namentlich auch dafür, daß er in diesem Augenblick betont, daß nicht bloß das Branntweinmonopol, sondern auch das Tabakmonopol unverändert auf dem Programm der Regierung steht. Diese Erklärung können wir unterer. gerade brauchen, namentlich wenn Sie die Kaufmannen mehr beschleunigen, als es in der Verfassung vor-

geschrieben ist. Der Abg. v. Malsbahn fragt, ob es denn anders sein würde, wenn ein Regierungssystem im Sinne unserer Partei in den letzten Jahren zur Geltung gekommen wäre. Ich antworte: es würde wesentlich anders sein. Die Eisenbahnen würden nicht verstaatlicht sein; wir würden dann mehr amortisiren, als es gegenwärtig geschieht. Die Privatgesellschaften würden in ihrem eigenen Interesse gezwungen sein, wie früher das System der Tarifiermäßigungen weiter auszubilden, während jetzt darin eine Stagnation eingetreten ist. Wäre ferner das gemischte System bestehen geblieben, so würde eine Entwicklung des Secundärbahnbauwesens eingetreten sein, an welche das Bischen Secundärbahnbau nicht entfernt heranreicht. (Heiterkeit rechts.) Denn es sind nur die Secundärbahnen ausgebaut, welche die Privatgesellschaften kurz vor der Verstaatlichung projectirt haben. Und wenn wir keine Dampfersubventionen hätten? Dann würde die Hamburger Gesellschaft nach Australien fahren, und wir wären nicht in der Lage, aus den Taschen unserer Steuerzahler Zuschüsse zu bezahlen, daß die Engländer billiger als früher nach Australien ausführen. Wir würden ferner nicht Zuschüsse dafür zahlen, daß China und Nordamerika billiger mit einander verkehren. Wir würden auch den Rückzug nicht nöthig gehabt haben in Bezug auf die Carolinen-Inseln, und wir brauchen uns dem Schiedsspruch des Papstes nicht zu fügen. Wir ersparten dann jene große Erschütterung des Erwerbslebens, die Störung des Handels, des Vertrauens, welche die spanische Krisis im vorigen Jahre hervorgerufen. Wir würden nicht Angra Pequena besitzen, und auch mancher Herr würde 100 000 M. gespart haben, die er jetzt ansieht als Mitglied der südwestafrikanischen Gesellschaft. Die Kriegsmacht Deutschlands würde nicht im Mindesten geringer sein, aber die Lasten im Frieden, und wir hätten nur eine zweijährige Dienstzeit in der Infanterie. Sie sagen, wenn wir mit einer solchen Forderung kämen, so würde es das Volk zurückweisen. Wenn die Regierung ein solches Gesetz durchführen wollte, so würde das Volk nur solche Abgeordnete wählen, die damit übereinstimmen, und es würden dann viele Conservative sagen, eigentlich haben wir auch immer geglaubt, daß die zweijährige Dienstzeit das Richtige sei und wir haben es nur nicht opportun gefunden, es öffentlich zu thun. Wir würden allerdings in Schärfe darauf gedrungen haben, Manche abzuschaffen, was nur besteht, weil es einmal bestanden hat. Was die Zuckersteuerpolitik anbelangt, so würde es auch hier von Hause aus viel günstiger gewesen sein. Haben wir nicht bereits 1878/79 hier aufgefördert, in erster Reihe die Zuckersteuer zu reformiren und die Ausfuhrprämie herabzusetzen? Wir würden damit angefangen haben, auch die Branntweinsteuer zu reformiren. Die Einführung der Fabrikatsteuer würde es ermöglicht haben, den Branntwein billiger zu produciren und trotzdem den Branntwein nicht theurer zu verkaufen als jetzt. Wir würden vor einer Ueberproduction bewahrt worden sein, wie sie sich jetzt in der Eisenindustrie zeigt. Wir würden nicht zugegeben haben, daß sich Coalitionen der einzelnen Industriellen bilden, um ihre Schienen theurer zu verkaufen, damit das Ausland aus deutschen Werken die Schienen billiger bezieht. Wir würden es auch nicht für national gehalten haben, dazu mitzuwirken, daß England in der Form der Ausfuhrprämie den Zucker

billiger bezieht. Wir hätten vor Allem nicht jene Fluth von Steuerprojecten und Monopolen, die fortgesetzt das Land beunruhigen, gehabt. Das Erschlaffen des Unternehmungsgelstes ist eine wesentliche Folge dieses Mißtrauens und der Einschüchterung durch fortgesetzte neue Steuerprojecte. Die Bezeichnung, daß diese ganze Gesetzgebung wesentlich von dem Willen des einzelnen Mannes abhängt, der Umstand, daß je nachdem er heute diese, morgen eine andere Theorie vertritt, daß ganze Erwerbsleben in Frage kommt, hat unsere Depression verschuldet. Derjenige, welcher sich einen unbefangenen Blick bewahrt hat, kann sich dem Gedanken nicht verschließen, schlechter als jetzt in Deutschland hätte es unter einem anderen Regierungssystem auch nicht sein können. (Beifall links.)

Minister v. Scholz bestreitet zunächst dem Abg. Duene, daß das Vorgehen der Regierung bei der Etatsvorlage ein Beharren bei dem Mangel und ein Umstoßen der Einigung über die Branntwein-Consumsteuer bedeute. Was den Abg. Richter betrifft, so giebt es kaum einen unglücklicheren Gedanken als den, daß seine Parteigenossen in der Presse die Minister lediglich in Bezug auf ihre Fähigkeit angegriffen hätten, daß dagegen ihr Charakter, ihr Patriotismus, ihre Absichten verdächtigt würden. Es ist mir nicht möglich, zu glauben, daß der Abg. Richter in der Parteipresse, die ihm nahe steht, ganz unbewandert sei. Ich habe ihm bei anderer Gelegenheit bereits vorgelesen aus einem Blatte, an dessen Spitze als Patrone die Herren G. Richter, Barrissus und Hernies stehen, nämlich aus dem „Reichsfreund“. Ich verlas einen Artikel mit der Ueberschrift „Eine nette Weihnachtsbescherung“, worin die Regierung und der Finanzminister auf das niederträchtigste angegriffen wurden. Es wäre nicht gut, solchen nichtswürdigen Presserzeugnissen durch Vorlesen eine weitere Verbreitung zu geben. (Rufe links: Vorlesen!) Sollten Sie Zweifel an der Wahrheit meiner Angaben erheben, so will ich die betreffenden Stellen vorlesen. Der erste Artikel, den ich meine, steht in dem Blatt vom 18. Juli 1885, er ist überschrieben: wie Deutschland von Herrn Schweinburg national gemacht wird. (Heiterkeit rechts.) Der Minister verliest Stellen aus diesem Artikel, worin steht, daß dem Mittelstand und dem armen Mann durch die Zölle und Steuern sein Hab und Gut nach und nach aus der Tasche gezogen und den großen Herren und den reichen Fabrikanten in die großen Taschen geschoben würde. — Liegt etwa darin eine Verdächtigung der Fähigkeiten? (Gelächter rechts.) Der Abg. Richter hat dann gesagt, meine Anmerkungen über den Kaufmannsstand seien empörend. Er scheint schon seit gestern Nachricht aus dem Kaufmannsstande bekommen zu haben. (Heiterkeit.) In welchem Stande befinden sich nicht Personen, welche die Steuer zu hinterziehen für etwas Erlaubtes ansehen! Unter der früheren Schatz- und Maßsteuer ist immer eine große Reihe von Personen der achtbarsten Lebensstellung in der Versuchung gewesen, Defrauden zu begehen. Ich protestire dagegen, daß meine Worte so entstellt werden, als hätte ich den Stand beleidigen wollen. Auch in anderer Beziehung muß ich Herrn Richter einen Strich durch die Rechnung machen. Er fühlt das Bedürfniß, im Hinblick auf die künftigen Wahlen, mich und die Regierung anzugreifen, daß sie sich eigentlich zu den Geschäftsbüchern bekannt hat, und daß auf dem Programm der verbündeten Regierungen das Tabakmonopol steht. Beide Punkte sind durchaus unrichtig.

Was die Geschäftsbücher anbelangt, so habe ich gestern daran erinnert, daß der ursprüngliche Entwurf der verbündeten Regierungen als Sicherungsmittel die Besteuerung der Geschäftsbücher vorgesehen hat. Darans ist kein Schluß zu machen, daß irgend etwas im Werke ist, um die Geschäftsbücher von neuem vorzuschlagen. An Stelle jenes Entwurfs ist die sogenannte Börsensteuer aus der Initiative des Reichstags hervorgegangen und ich glaube nicht, daß von Seiten der verbündeten Regierung irgend wie zu erwarten ist eine neue Vorlage zur Entwicklung der Börsensteuer. Eine Erklärung über das Tabakmonopol habe ich gestern nicht abgegeben. (Widerspruch links.) Als ich sagte, die Einnahme aus dem Branntwein allein würde alle Zwecke unseres Programms fast vollständig erfüllen, wurde mir zugerufen, „auch aus Tabak“, und auf diesen Zwischenruf habe ich geantwortet: vielleicht werde der Tabak später noch dazu kommen. (Zurufe links.) Ich nehme nichts zurück. In dieser Beziehung habe ich entfernt nicht ein Programm der Regierung angedeutet. Das Bild, welches der Abg. Richter von dem Zustand in Deutschland unter seinem Regime entrollt hat, mag für Manche etwas verlockend erscheinen; an die Wahrheit des Bildes glaubt wohl aber Niemand; ich brauche bloß an seine Auffassung des Secundärbahnbauwesens zu erinnern. Ich frage schließlich, wie hängen die Zustände Englands mit dem Tabaks- oder Branntweinmonopol zusammen? Die Bemerkungen des Abg. Richter haben jedenfalls viel zur Klärung beigetragen. (Beifall rechts.)

**Abg. Windthorst:** Dr. v. Scholz hat gesagt über die Schmähungen gegen die Regierung. Ich möchte ihn bitten, dafür zu sorgen, daß die Organe, über welche die Regierung verfügt, einen schädlicheren Ton anschlagen. Das thut sie jetzt absolut nicht. Er sollte daher seine heutige Rede und die vom 14. Januar d. J. zur Nachachtung an die „Nordd. Allg. Ztg.“ und die kleineren Blätter schicken, welche Namen und Personen verunglimpfen. Seine Bemerkung über meine Kollegen v. Duene kann ich nicht mit Entschiedenheit hinnehmen. Wir haben einen Etat mit größeren Ausgaben vor uns, ferner eine Vorlage mit weiteren Ausgaben. Diese Ausgaben sollen wir bewilligen, über die Einnahmen will sich die Regierung mit einem neugewählten Reichstage verständigen. Das ist eine Methode, die ich nicht verstehe. Die Regierung ist verpflichtet, Ausgaben und Einnahmen zu balanciren. Mit neuen Ausgaben muß sie auch neue Vorschläge bezüglich der Vermehrung der Einnahmen machen und zwar gleichzeitig. Im vorigen Jahre hätten sie mit großer Leichtigkeit viele Millionen aus der Branntweinsteuer heben können. Sie haben sie abgelehnt — ab irato. Wir waren bereit und sind bereit, aus dem Branntwein die nöthigen Mittel zu bewilligen, wenn man uns die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Steuern nachweist. Sind wir aber nicht geneigt, Einnahmen zu bewilligen, so wollen wir auch keine Ausgaben bewilligen. Sind wir so, wie uns der Minister geschildert hat, so appellire man an das Land, lasse es aber auch wissen, daß die Ausgaben durch das Branntwein- und Tabakmonopol gedeckt werden sollen. (Zuruf des Finanzministers.) Sie haben Ihre gestrige Erklärung nicht widerlegt. Sie haben gesagt, ich persönlich bin der Meinung, daß das Monopol kommen wird. Das Land mag also wissen, daß dies die Meinung ist, welche wir annehmen. (Beifall links und im Centrum.)

**Abg. v. Helldorff (conf.):** Es ist allerdings ein ungewöhnlicher Zustand (Auf: unerhört!), daß wir nur



die Ausgaben bewilligen sollen. In diese Nothlage ist aber die Regierung verlegt, nachdem alle ihre Steuervorlagen abgelehnt sind. Bei der Branntweinsteuer soll es sich nach Hrn. Richter nur um das Interesse von ein paar hundert Kartoffelbrennern gehandelt haben; in Wahrheit handelte es sich nur darum, 800—1000 Quadratmeilen vor Verödung zu bewahren. Hr. Richter hat dann sein Programm entwickelt, das wird ihm unvergessen bleiben. Seine Bemerkungen über die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist wahrhaft illustrativ für die Auffassung jener Seite. Immer haben Sie an erster Stelle Interesse für den Börsenverkehr. (Widerspruch links.) Die Bevölkerung denkt über die Verstaatlichung ganz anders. Die Hauptsache ihres Programms besteht in der Negation. Sie fordern die zweijährige Dienstzeit, obwohl diese Heeresorganisation sich bewährt hat und keine Experimente duldet. Bezüglich der Bemerkung über die Ueberfluthung mit Monopolprojecten möchte ich noch Eines hervorheben; weshalb sind diese Projecte gekommen? Um zur Fundamentierung des Reichs gute Finanzen zu schaffen. Unsere Aufgabe ist es, unter Zurückhaltung besonderer Wünsche diesem Gedanken nachzugehen.

Abg. Richter: Hr. v. Malsbahn wünscht einen vornehmeren Ton für die Debatten. Ich bin gewiss dazu bereit, möchte aber auch ihn ersuchen, darauf zu achten, mit welchem Hohn man uns entgegentritt. Es ist ganz natürlich, daß Sie (rechts) jetzt kleinlaut geworden sind mit Bezug auf Ihre Wirtschaftspolitik. Denken Sie aber an die Hofsaatenstücke, die Sie gegen die Delbrück'sche Politik haben erlingen lassen. Heute ist keine Rede mehr davon. Sie fühlen eine gewisse Beklemmung, weil die goldenen Berge immer noch fehlen. Die Erklärung des Herrn v. Malsbahn bezüglich der Branntweinsteuer habe ich ganz genau citirt; ich habe nichts ausgelassen. Was später folgt in jener Rede, ist nur eine Ausführung des früheren Gedankens. Noch deutlicher hat sich Herr v. Hellendorff darüber ausgesprochen, daß die Branntweinsteuer in der That nur im Interesse der Branntweinbrenner gemacht werden sollte. (Abg. v. Hellendorff: Im Interesse der östlichen Gegenden.) Eine negative Thätigkeit soll es sein, wenn wir die zweijährige Dienstzeit verlangen. Aber selbst in der „Post“ plädiert man in einer Zuschrift für eine Verkürzung der Dienstzeit um drei Monate. Im ganzen Lande hat man die Ueberzeugung, daß die Dienstzeit noch weiter herabgesetzt werden könne. Nun noch einige Worte an den Finanzminister. Er hat hier einen Artikel aus dem „Reichsblatt“ verlesen. Ich könnte ihm aus der conservativen Presse eine Menge von Schmähartikeln gegen mich vorlesen. Ich habe jeden Morgen derartige Blätter auf dem Frühstückstisch, die mir zugesandt werden; daraus machen wir uns nichts, und Sie haben doch Ihre Staatsanwälte, die sich in Bewegung setzen würden, wenn Verdächtigungen Ihrer Persönlichkeit gemacht würden. Hr. v. Scholz hat einen Artikel hier verlesen, aber das ist ein Waisentnabe gegen das, was in der Regierungspresse geleistet wird. Erinnern Sie sich doch auch daran, daß der Reichskanzler im Herrenhause offen erklärte, daß die Politik des Ministers Camphausen das Land ausgepreßt habe. Hr. v. Scholz hat sich weiter gegen meine Bemerkung über die Lotteries-Collecteure gewendet. Es ist aber eine Thatsache, daß mit diesen Herren ein politisches Examen ange stellt ist, daß sie gefragt sind, wen sie das letzte Mal gewählt. Was ich in dieser Beziehung gesagt, war nur der Wahrheit entsprechend. Die Hauptsache für mich ist aber die: In der „Schles. Ztg.“ hatte Jemand einen Artikel veröffentlicht, in dem es hieß, daß man sich in Deutschland nur zu hüden brauche, um 500—600 Mill. aufzunehmen. Hr. v. Scholz meinte, die Ausföhrungen wären zutreffend, man würde 300 Mill. aus dem Branntwein allein herausbekommen. Mit diesen 300 Mill. wolle er das ausführen, was er versprochen habe! Ich bin bereit ihm nachzuweisen, daß er für die von ihm bezeichneten Zwecke 400 Mill. braucht. Als ich ihm nun gestern zurief: kommt nicht herank! Tabak! fuhr der Minister fort: Auch den Tabak werden wir

demnächst einer weiteren Besteuerung unterwerfen. Ich habe dem Minister schon gestern gedankt für diese Erklärung, das Land soll wissen, woran es ist. Hr. v. Scholz erklärte gestern weiter, daß Versprechungen nicht gemacht seien. Das ist nicht wahr. Hr. Bitter hat unumwunden erklärt, daß Versprechungen gemacht seien und daß deshalb die Verpflichtung zu einer weiteren Entwicklung unserer Steuern bestehe.

Finanzminister v. Scholz: Ich protestire gegen den Versuch einer Legendenbildung, wie er von den Herren Windthorst und Richter gemacht wird. Glauben Sie denn, daß ich, wenn ich ein Wort in der Eile gesprochen hätte, das so gedeutet werden könnte, wie das jetzt geschieht, und wenn ich heute dasselbe richtig stelle, glauben Sie denn, daß Sie dann berechtigt sind, mir etwas anderes zu imputiren? Das ist unter ehrlichen Leuten nicht zulässig. (Große Unruhe links. Rufe: zur Ordnung!)

Präsident v. Wedell: Ich möchte den Herrn Minister bitten, Ausdrücke, die beleidigend sind für Mitglieder dieses Hauses, zu unterlassen.

Minister v. Scholz: Ich bin bereit, der Bitte nachzukommen. Mir hat jede Absicht, zu beleidigen, fern gelegen.

Abg. Windthorst: Nach dieser Erklärung des Ministers will ich auf seine gestrige Auslassung nicht weiter eingehen. Hr. v. Hellendorff findet es natürlich, daß die Regierung bei ihren Ausgaben über die vorhandenen Mittel hinausgeht. Das heißt eine Umkehrung der constitutionellen Grundsätze. In der ständischen Verfassung ist es immer so gewesen, daß die Regierung die Steuern, die sie gebraucht, vorschlägt. Wenn sie sich mit den Vertretern nicht verständigen kann, so hat sie ein Mittel: den Reichstag aufzulösen. Ich bin erstaunt, daß Herr v. Hellendorff das Verfahren der Regierung in Schutz nimmt. (Lachen rechts.) Mit Lachen können Sie mich nicht widerlegen. In der Branntweincommission war das vollständige Material zur Verständigung gegeben, wenn die Regierung sich mit einer bescheidenen Bewilligung zufrieden geben wollte.

Minister v. Scholz: Der Reichstag hat den Entwurf abgelehnt nicht auf Grund irgend einer Erklärung der Regierungen, sondern weil ihm der Entwurf an sich absolut unannehmbar erschien. Ich bestritte, daß vom Reichstag der Regierung jemals eine Offerte von 25 J. gemacht und daß die Regierung erklärt hätte, sie nehme die 25 J. nicht an. Ueber das was gestern hier geschehen sein soll, steift sich Hr. Windthorst mitzuspähen, obwohl er der Sitzung garnicht beigewohnt hat. Das scheint mir kaum angemessen. Ich habe gar keinen lapsus linguae zugestanden; aber es war einmal so beschlossen, daß es so ausgenutzt werden sollte, und es wurde so ausgenutzt. Gegen diese Legendenbildung habe ich Einspruch zu erheben.

Abg. v. Koscielski: Ich habe das Material zu meiner Behauptung bezüglich der polnischen Soldaten aus dem Munde des Kriegsministers selbst, der im preussischen Abgeordnetenhaus offen erklärt hat, daß für die betr. Verletzungen politische Rücksichten maßgebend seien.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff stellt in Abrede, daß er von einer grausamen Maßregel gesprochen habe, er halte die Maßregel, abgesehen von der politischen Seite, für sehr nützlich und erfreulich. Von seinen Ausführungen im preussischen Abgeordnetenhaus habe er nichts zurückzunehmen. Wenn die deutschen Soldaten aus ihrer Heimath in ferne Garnisonen gebracht würden, so thue keiner von ihnen den Mund auf; sie gingen einfach dahin, wohin ihr König sie schicke. So sei es immer in der Armee gewesen, und so werde es auch bleiben! (Beifall rechts.)

Abg. v. Hellendorff: Die Vorlesung über constitutionelles Recht hätte Herrn Windthorst mir wohl ersparen können. Ich habe als Hauptsache betont, ich möchte nicht, daß in der ungewöhnlichen Lage, in die wir gebracht sind, Tabaksmonopol, Auflösung u. s. w. ausgepielt

werden als die einzigen Dinge, um die es sich überhaupt noch handelt.

Abg. Windthorst: Ich wiederhole aber, wir sind nicht dazu da, Wege der Besteuerung zu suchen, sondern zu prüfen, ob die Wege der Regierung die richtigen sind. Richtig ist doch, daß die Regierung nicht wollte, was wir in der Branntweincommission anboten; darin liegt gerade der Abbruch. Was der Minister gestern gesagt hat, will er heute nicht so gemeint haben. Wir acceptiren das gern; es fehlt uns aber immer noch die officielle Erklärung, daß man nicht mehr auf das unglückliche Tabaksmonopol zurückkommen wird. Aus diesem Fehlen wird ungewisselhaft eine neue Beunruhigung für die Bevölkerung entstehen, welche die Monopole ebensowenig will wie wir, die wir in ihnen den Untergang unserer gewerblichen Verhältnisse erblicken! (Lebhafter Beifall im Centrum und links.) Die erste Berathung des Etats wird hiernach geschlossen und eine Reihe von Capitula und Titeln des Ordinariums, sowie das gesamte Extraordinarium, desgl. das Etatsgesetz und das Anleihegesetz an die Budgetcommission zur Vorberathung überwiesen; der Rest des Ordinariums wird im Plenum zur zweiten Berathung gelangen.

Nächste Sitzung: Freitag.

## Productenmärkte.

Königsberg, 1. Dezember. (v. Portatius u. Brothe.) Weizen für 1000 Rilo hochbunter 127/88 150,50, 129/88 und 132/88 154, 133/88 155,25 M. bez., bunter russ. 128/88 143,25 M. bez., rother 128/88 154, 130/18 u. 132/88 155,25, 132/88 156,50 M. bez. — Roggen für 1000 Rilo inländ. 120/88 113,75, 122/88 116,25 M., 125/88 119,25 M., 128/88 123, 132/88 127,50 M. bez., russ. ab Bahn 126/88 103,75 M. bez. — Gerste für 1000 Rilo große 100, 102,75, 107, 111,50, 117 M. bez. — Hafer für 1000 Rilo 92, 96, 100, 102 M. bez. — Erbsen für 1000 Rilo weiße 102,25, 104,50, 106,50 M. bez., graue 122,25 M. bez., grüne 100, 106,50 M. bez. — Bohnen für 1000 Rilo 117,75 M. bez. — Widen für 1000 Rilo 97,75, 100 M. bez. — Buchweizen für 1000 Rilo russ. 96, 96,25, 96,50, 97,25, 97,50 M. bez. — Rüben russ. 150 M. bez. — Datteln für 1000 Rilo russ. 105,50, 116,50, 127,75, 131,25, 133,25 M. bez., Hanfsaat russ. 113 M. bez. — Spiritus für 10000 Liter 3 ohne Faß loco 36 1/2 M. Bd., für Dezember 37 M. Bd., für Dezember-März 37 1/2 M. Bd., für Frühjahr 38 M. Bd., für Mai-Juni 38 1/2 M. Bd., für Juni 39 M. Bd., für Juli 39 1/2 M. Bd., für August 40 M. Bd. — Die Notirungen für russische Getreide gelten transits.

Stettin, 1. Deabr. Getreidemarkt. Weizen loco matt, 153—156, für Deabr.-Januar 157,50, für April-Mai 164,00. Roggen unbedändert, loco 122—125, für Deabr.-Januar 125,50, für April-Mai 130,50. Rüböl still, für Deabr. 44,70, für April-Mai 45,00. — Spiritus matt, loco 36,20, für Deabr.-Jan. 36,20, für April-Mai 38,00, für Juni-Juli 39,10. — Petroleum verfeinert, loco Wance 1 1/2 % Tara 11 1/2.

Berlin, 1. Dezember. Weizen loco 148 168 M., gelb märkischer 160 M. ab Bahn, für Dez. 156 M. Br., 155 1/2 M. Bd., für April-Mai 161—161 1/2—161 1/2 M., für Mai-Juni 162 1/2—163—162 1/2 M., für Juni-Juli 164—164 1/2—164 M. — Roggen loco 128—133 M., guter inländ. 130—131 M., für Deabr. 131 1/2—132—131 1/2 M., für April-Mai 133 1/2—133 M., für Mai-Juni 133 1/2—133 1/2 M., für Juni-Juli 134—133 1/2 M. — Hafer loco 107—112 M., ost- und westpreussischer 115—123 M. — pommerscher u. udermärkischer 118—123 M., schles. u. böhm. 118—123 M., feiner schles., böhm. und preuss. 127—133 M. ab Bahn, für Dez. 109 1/2 M. nom., für April-Mai 110 1/2 M., für Mai-Juni 112 M. nom., für Juni-Juli — M. — Gerste loco 115—115 M. — Mais loco 1 0—1 19 M., für Deabr. 113 1/2 M., für Deabr.-Januar 113 1/2 M., für April-Mai 111 1/2—111 1/2 M. — Kartoffelmehl loco 16,60 M., für Deabr. 16,60 M., für Deabr.-Januar 16,50 M., für April-Mai 16,75 M. — Trodene Kartoffelstärke loco 16,60 M., für Deabr. 16,60 M., für Deabr.-Januar 16,50 M., für April-Mai 16,75 M.

— Feuchte Kartoffelstärke für Deabr. 8,20 M., für Deabr.-Januar 8,20 M. — Erbsen loco Futterwaare 123—133 M., Rohwaare 150—200 M. — Weizenmehl Nr. 00 23,00—21,50 M., Nr. 0 21—20 M. — Roggenmehl Nr. 0 19,75—18,75 M., Nr. 0 und 1 18—17,25 M., ff. Marken 19,75 M., für Deabr. 18—17,95 M., für Deabr.-Januar 18—17,95 M., für Januar-Febr. 18—17,95 M., für April-Mai 18,20—18,15 M., für Mai-Juni 18,25—18,20 M., für Juni-Juli 18,30 M. — Rüböl 45,1 M. für April-Mai 45,7 M. — Petroleum loco — M., für Noobr.-Deabr. 23,2 M., für Deabr.-Jan. 23,2 M., für Januar-Februar — M. — Spiritus loco ohne Faß 37—36,8 M., für Deabr. 37,3—37,1 M., für Deabr.-Januar 37,3—37,2 M., für Januar-Februar 37,4—37,2 M., für April-Mai 38,7—38,4 M., für Mai-Juni 38,9—38,7 M., für Juni-Juli 39,8—39,5 M., für Juli-August 40,4—40,1 M.

Magdeburg, 1. Dezember. Zuderbericht. Kornzuder excl. von 96 % 20,10, Kornzucker, excl. 88° Rendem. 19,10 M., Nachproducte excl., 75° Rendem. 17,00 M. Fein, Exportwaare etwas ruhiger. Gem. Raffinade mit Faß 25 25 „, s. m. Melis l. mit Faß 23,50 M. Rubig.

## Schiffsliste.

Neufahrwasser, 1. Dezember. Wind: SW. Angelommen: Ludwig Capobus sen., Vermien, Blyth, Kohlen. — Svea (SD.), Ellerhufen, Alao, Kohlen. — Alma (SD.), Sadewasser, Buntisland, Kohlen.

Gefegelt: Arla (SD.), Nielsen, Kopenhagen, Getreide. — Harold (SD.), Vedlington, London, Zuder. — Blonde (SD.), Brett Schneider, Memel, leer.

2. Dezember. Wind: SW. Angelommen: Reserven (SD.), Rasmussen, Kopenhagen, Güter. — Railands (SD.), Morris, Partlepool, Kohlen. — Pacific (SD.), Johnson, Hull, Güter. — Sunstanton (SD.), Brown, Phn, Kohlen. Nichts in Sicht.

Verantwortl. d. Redaction: für den politischen Theil und geschäftliche Mittheilungen: Dr. B. Hermann, — das Feuilleton und literarische Mittheilungen: Dr. B. Hermann, — den lokalen und provinziellen, handels-, maritimen- und sonstigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. M. Kaufmann, sämtlich in Danzig.

**Verfälschte schwarze Seide.** Man verbrenne ein Mästerchen des Stoffes, von dem man kaufen will, und die etwaige Verfälschung tritt sofort zu Tage: Echte, rein gefärbte Seide kräuselt sofort zusammen, verläßt bald und hinterläßt wenig Asche von ganz hellbräunlicher Farbe. — Verfälschte Seide (die leicht speidig wird und bricht) brennt langsam fort, namentlich glimmen die „Schußfäden“ weiter (wenn sehr mit Farbstoff erschwert) und hinterläßt eine dunkelbraune Asche, die sich im Gegensatz zur echten Seide nicht kräuselt, sondern krümmt. Berührt man die Asche der echten Seide, so geräucht sie, die der verfälschten nicht. Das Seiden-Fabrik-Depot von **G. Henneberg** (k. u. k. Hofliefer.) in Zürich versendet gern Muster von seinen echten Seidenstoffen an Jedermann und liefert einzelne Rollen und ganze Stücke zollfrei in's Haus.

Eine praktische Vorrichtung zur Schonung sowohl der Herren- als auch der Damentoilette bei der Aufbewahrung bringt die Firma S. Wolff, Wien, in den Verkehr. Es ist dies der „Wiener Kleiderhalter“, derselbe stellt einen handlichen Kleiderbügel vor, bei dessen Gebrauch die Schultertheile niemals die Form verlieren können. Der Kleiderhalter ist vollständig aus Metall gearbeitet und daher unverwundlich; er ist verstellbar und kann jeder beliebigen Schulterbreite angepasst werden. Preis 60 J. Depot bei Paul Rudolph, Danzig.